

TOP 3.4.4 GPA/ÖH-Studie „Studieren und Arbeiten“

Die Umfrage „Studieren und Arbeiten“ wurde gemeinsam von der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) und der GPA-djp-Jugend durchgeführt. Insgesamt haben 6.500 Personen an der Umfrage teilgenommen. Sie ist im Unterschied zur „Studierenden-Sozialerhebung“ aus dem Jahr 2011 keine Vollerhebung und es haben sich überwiegend Universitätsstudierende daran beteiligt. Die Ergebnisse wurden in einer gemeinsamen Pressekonferenz im Juli 2014 präsentiert.

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie:

- 84 % der befragten Studierenden gaben an, neben dem Studium erwerbstätig zu sein. Für 65 % weist ihr Job keinen Bezug oder nur teilweise Bezüge zum Studium auf. Fast die Hälfte der erwerbstätigen Studierenden arbeitet mehr als 15 Stunden pro Woche. 46 % der Studierenden arbeiten geringfügig. 64 % der erwerbstätigen Studierenden arbeitet in einem Dienstverhältnis. Selbstständige Tätigkeit oder Werkverträge sind sehr selten (je 4 %).
- Jede 8. erwerbstätigte Person hat einen freien Dienstvertrag. Je geringer das Stundenausmaß ist, desto eher arbeiten die Studierenden im Rahmen eines freien Dienstvertrages oder Werkvertrages.
- Annähernd 30 % der befragten Studierenden legten einen klaren Fokus auf die Erwerbstätigkeit und gaben an, nur „nebenbei“ zu studieren. Von diesen Studierenden ist auch die Mehrheit außerhalb der Mindeststudiendauer. Weiter zeigt sich in der Befragung erneut, dass das Arbeitsausmaß mit zunehmendem Studienfortschritt steigt.
- Überraschenderweise ergab die Befragung, dass Studierende an Fachhochschulen seltener arbeiten (60 %) als Studierende an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen (89 % bzw. 87 %)¹. Bei Studierenden der Pädagogischen Hochschulen ist das stündliche Arbeitsausmaß deutlich geringer. Beschäftigungen mit über 20 Wochenstunden sind hauptsächlich an Fachhochschulen und Universitäten zu finden. Äußerst geringe Erwerbstätigkeit gibt es in medizinischen Studien.
- Trotz Erwerbstätigkeit geben fast 60 % aller Studierenden an, ihren Lebensunterhalt nicht allein zu bestreiten. Annähernd die Hälfte der Befragten braucht Unterstützung der Eltern. Rund 31 % sind auf staatliche Beihilfe (Familienbeihilfe, Studienbeihilfe, Stipendien) angewiesen. Trotz Erwerbstätigkeit und sonstigen Unterstützungen klagen fast 60 % der Studierenden über zumindest punktuelle Finanzierungsschwierigkeiten.
- Über die Hälfte der erwerbstätigen Studierenden gibt an, von einem Kollektivvertrag erfasst zu sein. Fast 20 % kann über die kollektivvertragliche Absicherung keine Auskunft geben. Zwei Drittel der erwerbstätigen Studierenden bekommen Weihnachtsgeld. Über ein Drittel gibt aber gleichzeitig an, in ihrem Job keinen Anspruch auf bezahlten Krankenstand und Urlaub zu besitzen.
- Nur jedeR 40. StudierendeR kann sich laut der Befragung eine eigene Wohnung leisten. Zwei Drittel wohnen in einer Wohngemeinschaft, ein Viertel bei den Eltern oder Verwandten. 8 % wohnen in einem Studierendenheim.²

Aus den Ergebnissen der Befragten schließen die GPA-djp-Jugend sowie die ÖH eine notwendige Erhöhung der Beihilfen zur sozialen Absicherung der Studierenden, erwerbsfreundliche

¹ Hier dürfte die Befragungsstichprobe einen gewissen Einfluss gehabt haben, im Rahmen „Studierenden-Sozialerhebung“ gaben annähernd gleich viele Studierende an Universitäten und Fachhochschulen an, neben dem Studium zu arbeiten (64%/60%).

² Auch hier gibt es deutliche Unterschiede zur letzten „Studierenden-Sozialerhebung“: Dort waren die Hälfte in einer eigenen Wohnung, ein Viertel in einer WG, 18% bei den Eltern und 8% in einem Heim wohnhaft (s.97)

Bereich Bildung, Kultur, Konsumenten, Wien – Aschauer-Nagl

Rahmenbedingungen an den Hochschulen, die Notwendigkeit einer Offensive zur Schaffung von leistbarem studentischen Wohnraum sowie einen erhöhten Informationsbedarf über Arbeitsrecht für Studierende. Gleichzeitig fordern sie eine „Aktion scharf“ des Arbeitsinspektorats und der Gebietskrankenkassen gegen Umgehungsverträge von echten Dienstverhältnissen. Als konkrete Maßnahmen bieten die beiden Interessenvertretungen das Gütesiegel „Praktikum“, den Vertragscheck sowie einen online „Geringfügigkeitsrechner“ an.

Zusammenfassend kann positiv festgehalten werden, dass es der GPA-djp-Jugend und Österreichischen HochschülerInnen gelungen ist, dass wichtige Thema von Studieren und Arbeiten medial zu platzieren. Die Forderungen entsprechen den Zielen der Arbeiterkammer. Die nächste umfassende „Studierenden-Sozialerhebung“ wird voraussichtlich im Mai/Juni 2015 durchgeführt. Mit Ergebnissen ist jedoch erst im Sommer 2016 zu rechnen.

Die AK Wien kann sich den Ableitungen und Forderungen der Studienauftraggeber anschließen. Im Besonderen die soziale Absicherung der Studierenden, Möglichkeiten für berufsbegleitendes Studieren sowie leistbarer Wohnraum sind zentrale Anliegen der AK-Hochschulpolitik. Als größte Universitätsstadt Österreichs mit der Hälfte der Studierenden ist Wien im Hinblick auf die Schaffung von leistbarem Wohnraum besonders gefordert. Unselbstständig erwerbstätigen Studierenden stehen darüber hinaus – als AK-Mitglieder – alle Beratungs- und Serviceangebote der Arbeiterkammern zu Verfügung.